

Presseinformation

Potsdam, 10. November 2010

Im Zusammenhang mit den im kommenden Jahr befürchteten drastischen Einschnitten bei der Arbeitsförderung durch die Bundesagentur, **erklärt der arbeitsmarktpolitische Sprecher Dr. Andreas Bernig:**

DIE LINKE will „Arbeit für Brandenburg“ nur zu fairen Bedingungen

Für DIE LINKE ist eine Existenz sichernde Entlohnung das entscheidende Kriterium des Programms „Arbeit für Brandenburg“. Wir lassen nicht zu, dass Beschäftigte in einem sozialen Arbeitsmarkt zu Beschäftigten zweiter Klasse werden. Dass dies anerkannt wird, zeigen uns die positiven Reaktionen von Menschen, die über „Arbeit für Brandenburg“ eine Stelle gefunden haben.

Das, als alternativ erscheinende, Bürgerarbeitsmodell der Bundesregierung wird diesem Anspruch nicht gerecht. Es bietet nur eine Entlohnung weit unterhalb von 7,50 Euro. Da zugleich die Beschäftigung auf 30 Wochenstunden begrenzt ist, bleiben die Betroffenen in aller Regel im Leistungsbezug. Auch die Freiwilligkeit ist nicht gegeben. Dies ist nicht unser Ziel und nicht unser Weg.

Eine Landesbeteiligung am Modell Bürgerarbeit ist für DIE LINKE nur dann denkbar, wenn diese dazu führt, dass die Beschäftigten fair und Existenz sichernd entlohnt werden. Wenn die Betroffenen trotz Arbeit im Leistungsbezug bleiben, ist ihnen wenig geholfen. Im Ergebnis würden nur Bundesmittel durch Landesmittel kompensiert.